

den Beweis erbringen, daß eine aufrichtige Verbindung dieser beiden Eigenschaften im Innern des römischen Katholizismus unmöglich ist.“

Die Versuche zur Latinisierung des Orients sind nach der Darstellung des Patriarchen höchst rücksichtslos gewesen. Das einzige, was man geachtet habe, seien die Riten gewesen. Im übrigen habe der Westen versucht, „dem Orient sein bestes Eigentum wegzunehmen“ und „alles zu zerstören, was ihm (dem Westen) nicht ähnlich war, und man muß gestehen, daß ihm dies recht gut gelungen ist“. Die äußerliche Toleranz der Lateiner gegenüber den Orientalen sei nur begründet gewesen in der Absicht, sie als Lockmittel gegenüber den Orthodoxen zu gebrauchen, und in der Furcht vor dem ungeheueren Prestigeverlust, der eingetreten wäre, wenn der römische Katholizismus auch die letzten Positionen im Orient und damit faktisch seine Katholizität verloren haben würde. Der Patriarch kritisierte auch sehr ernst die neue Kodifikation des orientalischen Kirchenrechtes, und zwar wegen ihres Geistes, der das höchste Ideal in die möglichst weitgehende Annäherung an die lateinische Kirche gesetzt und insbesondere die hierarchische Struktur der Ostkirche „reduziert, wenn nicht entleert und praktisch neutralisiert habe“. Was Maximus IV. in seinem Vortrag sagte, findet übrigens eine sachlich bereichernde Ergänzung in den Verhandlungen der melchitischen Synode vom 6. bis 11. Februar 1959, über die die Herder-Korrespondenz (13. Jhg., S. 84) ausführlich berichtet hat.

Einheit und Freiheit

Im Hinblick auf das Anliegen der Wiedervereinigung wirken Gedanken, wie er und auch Professor de Vries sie vorgetragen haben, als wenn jemand eine Binde von unseren Augen genommen und uns vor allem den Blick nach innen erschlossen hätte, das heißt in unsere eigenen unzulänglichen Vorstellungen von dem Wesen der Katholizität und den Möglichkeiten einer Wiedervereinigung,

die vielgestaltiger sind, als wir zu denken wagen, wenn wir uns statt an den Prinzipien der katholischen Einheit an deren augenblicklichen Gegebenheiten orientieren. Das kann zwar nicht heißen, daß die Wiedervereinigung zum Greifen nahe wäre, wenn man nur eine gewisse Enge ablegt. Wie sich aus den Ausführungen von Maximus IV. ergibt, ist nicht einmal der getrennte Orient so leicht zu ihr bereit, von dem uns doch so gut wie keine dogmatische Differenzen trennen. Die Verfahrensweise Roms gegenüber den orientalischen Kirchen, die von ihnen verständlicherweise fast alleinig unter dem Gesichtspunkt einer „Latinisierung“ gewertet wird, kann auch gewiß nicht einfach nur als Engstirnigkeit gedeutet werden. Auch in den Ostkirchen gibt es nicht nur große Überlieferungen, sondern ebenso wie im Westen Zeichen von Unzulänglichkeit, Erstarrung und jeder anderen Art von Menschlichkeit, mit denen sie nicht immer aus eigener Kraft fertigwerden können. Nicht nur der Zentralismus, wie er heute in der lateinischen Kirche herrscht, sondern auch der Partikularismus hat seine tiefen Schatten. Dennoch scheint es, daß die Gedanken, über die hier berichtet wurde, im Hinblick auf das Konzil von großer Wichtigkeit sind. Denn sie beziehen sich auf eine Frage, die oder vielmehr deren Entscheidung das ganze Gesicht der kirchlichen Reform bestimmen wird, die wir vom Konzil erwarten, eine Frage, die auf allen Gebieten in irgendeiner Weise gestellt ist und, wie man sieht, im Hinblick auf die Vorbereitung einer Wiedervereinigung einfach entscheidend ist: Welches Maß an Freiheit ist durch die Weltweite der Kirche, durch ihr katholisches Wesen gefordert und andererseits mit Wahrheit und Einheit verträglich? Wie wird man das in der katholischen Gesellschaftslehre so eindringlich postulierte Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip in der Kirche selbst deutlicher verwirklichen und sich damit zugleich für ein Zeitalter vorbereiten, an dessen Ende die Einheit der Welt in der Vielgestaltigkeit unzähliger selbstbewußt gewordener Völker und Kulturen stehen dürfte?

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Kommunistische Friedenspropaganda

In der abschließenden Erklärung der Moskauer Konferenz vom November 1960, an der seinerzeit die Führer aller kommunistischen Parteien teilgenommen hatten, nimmt die Friedensfrage einen breiten Raum ein. (Der volle Wortlaut der Erklärung wurde von „Neues Deutschland“, 6. 12. 60, veröffentlicht.) Die Erklärung geht — sehr optimistisch — davon aus, daß die derzeitigen Kräfteverhältnisse sich zugunsten des Kommunismus veränderten, wofür die sogenannten Krisenerscheinungen in der freien Welt sprächen, die in der Erklärung gemäß dem kommunistischen Verständnis von der freien Welt angeführt werden. Auf der Basis dieser „Analyse“ wird dann eine Zukunftsvision gezeichnet, nach der der Sieg des Sozialismus in absehbarer Zeit absolut sicher sei. Um die Weltrevolution voranzutreiben, stellt der Weltkommunismus gegenwärtig zwei Parolen in den Mittelpunkt, mit denen er am erfolgreichsten und gefahrlosesten die freie Welt zu schwä-

chen und seine eigene Stellung zu stärken hofft. Diese sind die kommunistische „Friedens“offensive und die Proklamierung einer kommunistisch orientierten „Nationalen Befreiungsbewegung“ in den unterentwickelten Gebieten. Die Moskauer „Friedens“erklärung enthält also das Programm der Weltrevolution.

Eine solche umfassende „Friedens“offensive hat zunächst zum Ziel, die Regierungen der freien Welt vom Volk zu isolieren, wodurch jene an einer wirksamen Verteidigung der freien Welt gehindert werden. Auf diesem Wege hoffen die kommunistischen Führer, systematisch der Revolution ohne Risiko allmählich den Weg zu ebnet. Dabei hat die ständige Denunzierung des Westens („aggressiver kriegslüsterner Imperialismus“) die Aufgabe, den Riesenaufwand der kommunistischen Staaten für militärische Zwecke als notwendig — im Interesse des Friedens — sowohl vor den kommunistisch beherrschten als auch vor den freien Völkern zu rechtfertigen. Die gegenwärtige kommunistische „Friedens“politik geht von der Überlegung aus, daß angesichts des Entwicklungs-

niveaus der Atomwaffen und der Raketentechnik bei einem künftigen Atomweltkrieg die kommunistischen Staaten beträchtlich verwüstet würden. Chruschtschow und andere kommunistische Parteiführer scheuen deshalb das Risiko eines Atomweltkrieges, ungeachtet ihrer wiederholten Drohung „mit Raketen“. Die kommunistischen Parteiführer spekulieren gegenwärtig auf den Faktor Zeit, der nach ihrer Ansicht ausschließlich für sie arbeitet. Sie hoffen, daß sich durch „Friedens“propaganda und „Befreiungsbewegungen“ in den unterentwickelten Völkern in einem guten Jahrzehnt die Kräfteverhältnisse so zu ihren Gunsten verschoben haben werden, daß der Kommunismus dann eindeutig das Übergewicht hat und der noch verbliebenen freien Welt seine Diktate aufzwingen kann.

In der Moskauer Erklärung vom 6. Dezember 1960 wird das wie folgt formuliert:

„Der Friede ist ein treuer Bundesgenosse des Sozialismus; denn die Zeit arbeitet für den Sozialismus, gegen den Kapitalismus.“

„Die nächste Zukunft wird den Kräften des Friedens und des Sozialismus neue Erfolge bringen. Die UdSSR wird zur ersten Industriemacht der Welt werden. China wird sich in ein mächtiges Industrieland verwandeln. Das sozialistische System wird mehr als die Hälfte der industriellen Weltproduktion erzeugen. Die Friedenszone wird sich noch mehr erweitern. Die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern werden neue Siege erringen. Das Kolonialsystem wird endgültig zerfallen. Die Überlegenheit der Kräfte des Sozialismus und des Friedens wird absolut sein. Unter diesen Umständen wird sich bereits vor dem vollen Sieg des Sozialismus auf Erden, beim Fortbestehen des Kapitalismus in einem Teil der Welt, die reale Möglichkeit ergeben, den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten. Der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt wird die sozialen und nationalen Ursachen für die Entstehung jeglicher Kriege endgültig beseitigen.“

„Friedliche Koexistenz“

Bereits auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) hatte Chruschtschow versucht, den neuen theoretischen Leitsatz von der Vermeidbarkeit von Kriegen zu entwickeln. Bis dahin galt die Leninsche These, daß Kriege in der Epoche des Imperialismus unvermeidbar seien. Chruschtschow modifizierte die kommunistische Theorie über die Methoden der Machtergreifung. Diese Abänderung gründet sich auf die Erkenntnis, daß seit dem Vorhandensein von Atomwaffen der Krieg als Ursprung der Revolution und die sowjetischen Streitkräfte als Begründer neuer kommunistischer Regime keine ausschlaggebende Rolle mehr spielen werden. Deshalb gewinnt das Problem der „friedlichen Koexistenz“ für den Kommunismus erstklassige Bedeutung. Die „friedliche Koexistenz“ wird zur Formel der Welteroberung; denn sie bedeutet nichts anderes als die Organisierung der Revolution im Rücken der freien Welt. Die Koexistenzpolitik hat den Vorteil, daß die UdSSR sich dabei nicht auf das Risiko eines Krieges mit modernen Waffen einzulassen braucht, gleichzeitig jedoch sich günstigere Möglichkeiten schafft, um ihre weltrevolutionären Ziele zu erreichen: indem sie dazu die Friedenssehnsucht zahlreicher Menschen mißbraucht.

Die scheinbar so humanitäre Anti-Atomkriegs-Kampagne der Sowjets hat also im Rahmen der weiteren kommunistischen Zielsetzungen eine ungemein wichtige Funktion: sie soll letztlich erreichen, daß die Kernwaffen der freien Welt beseitigt werden. Würde dieses Ziel erreicht, dann besäße der kommunistische Block dank seiner Überlegenheit an herkömmlichen Waffen und Truppen-

verbänden die Chance, ohne große Gefahren die freie Welt zu unterjochen.

Es ist sehr aufschlußreich, wie in der Moskauer Deklaration dieser Gedanke der „friedlichen Koexistenz“ — er ist ihr Herzstück — interpretiert wird. Die Erklärung spricht hier eine für kommunistische Manifeste ungewöhnlich deutliche Sprache, die in diesem Falle durch die voraufgegangenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Peking gerade in der Frage der Beseitigung von Kriegen und der Notwendigkeit des Klassenkampfes erzwungen wurde.

In der Moskauer Erklärung heißt es dazu:

„Der Kurs auf die friedliche Koexistenz bedeutet Mobilisierung der Massen, tatkräftige Aktionen gegen die Feinde des Friedens. Friedliche Koexistenz der Staaten bedeutet im Gegensatz zu den Behauptungen der Revisionisten keineswegs Verzicht auf den Klassenkampf. Die Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten zur Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern. Ihrerseits tragen die Erfolge des revolutionären Klassenkampfes und des nationalen Klassenkampfes zur Festigung der friedlichen Koexistenz bei... Friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme bedeutet keine Versöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie. Sie setzt vielmehr einen verstärkten Kampf der Arbeiterklasse und aller kommunistischen Parteien für den Triumph der sozialistischen Ideen voraus. Ideologischer und politischer Streit zwischen Staaten darf jedoch nicht durch Krieg ausgetragen werden.“

Damit ist klar gesagt, daß „friedliche Koexistenz“ nicht die Beendigung des kommunistischen Klassenkampfes bedeutet, sondern nur die Veränderung seiner Formen, die Verlagerung auf andere Gebiete. Denn wenn man schon notgedrungen bereit ist, auf kriegerische Auseinandersetzung mit der freien Welt zu verzichten (da sie immer in einen Krieg mit Nuklearwaffen umschlagen kann), so wird doch die Auseinandersetzung mit ihr — auf allen Feldern der internationalen Politik und Wirtschaft — intensiviert. Und zwar deshalb, damit günstige Voraussetzungen für die „friedliche Koexistenz“ und ein verstärktes Machtpotential des Ostblockes, militärisch, politisch, wirtschaftlich, geschaffen werden können, das seinerseits dann wiederum geeignete Ausgangspositionen für die Schwächung und Unterminierung der freien Welt und die Stärkung der kommunistischen Bewegung in der Welt bietet.

Entsprechend heißt es daher auch in der Moskauer Erklärung:

„Die Politik der friedlichen Koexistenz... trägt zur Festigung der Positionen des Sozialismus, zur Verstärkung des Ansehens und internationalen Einflusses der sozialistischen Länder bei. Sie erhöht das Ansehen und den Einfluß der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern.“

Die kommunistische Propaganda für die „friedliche Koexistenz“ soll vor allem dazu dienen, Menschen der kommunistischen Beeinflussung zu öffnen. Während früher die Theoretiker des Kommunismus davon sprachen, daß es zwei Lager in der Weltpolitik gibt: „das imperialistische, antidemokratische Lager, dessen Hauptziel die Welt Herrschaft des amerikanischen Imperialismus und die Zerschlagung der Demokratie ist, und das antiimperialistische Lager, dessen Hauptziel die Untergrabung des Imperialismus, die Festigung der Demokratie und die Zerschlagung der Überreste des Faschismus ist“ — wie es in der Gründungsresolution der Kominform 1947 hieß —, wird seit

dem XX. Parteitag (1956) folgender Standpunkt vertreten: „Heute existiert in der Welt nicht nur das kapitalistische System; es besteht außerdem ein mächtiges, friedliebendes, sozialistisches Lager . . . Außerdem gibt es eine große Gruppe anderer Staaten, mit einer Bevölkerung von vielen hundert Millionen Menschen, die aktiv gegen den Krieg Stellung nehmen. Es existiert eine mächtige weltumspannende Friedensbewegung. Zu einer gewaltigen Kraft ist die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern geworden.“ Zum „dritten Lager“ gehören nicht nur die jungen Staaten, die erst dabei sind, ihren Platz in der Weltpolitik einzunehmen, sondern auch die sogenannten „Friedens“kräfte und die kommunistisch orientierten Arbeiterbewegungen in den westlichen Ländern, die nach den Wünschen der kommunistischen Führer die Rolle der fünften Kolonne oder des trojanischen Pferdes in der freien Welt spielen sollen.

„Friedliche Koexistenz“ bedeutet keineswegs — wie eindeutig aus der Moskauer Deklaration hervorgeht — die Anerkennung des Status quo; sie bedeutet auch nicht die Anerkennung des Existenzrechtes freier Völker. Es wäre falsch, anzunehmen, der kommunistische Machthaber sei heute gesättigt. Die kommunistischen Führer rechnen damit, daß in den nächsten Jahrzehnten der Kommunismus im Weltmaßstab sich endgültig durchsetzen wird. Chruschtschow spielt sich bei seinen Besuchen in der freien Welt oftmals als Prophet auf, indem er den westlichen Staatsmännern versichert, ihre Söhne, spätestens aber ihre Enkel, werden im Sozialismus leben.

„Friedliche Koexistenz“ und „friedlicher Wettbewerb“ sind in der Vorstellung der kommunistischen Führer kein Dauerzustand, sondern nur eine zeitweilige, für die Kommunisten nützliche Etappe in der Auseinandersetzung um die Weltherrschaft. (So erklärte Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU: „Wie lange die Koexistenz dauert, kann niemand sagen. Das wird von den historischen Bedingungen abhängen.“)

Sollte der Kommunismus im Weltmaßstab einmal gesiegt haben, so wird es keine „friedliche Koexistenz“ mehr geben. Sie ist dann überholt.

Trotz allem Gerede von „friedlicher Koexistenz“ sieht ein Kommunist auch heute nur in der „Diktatur des Proletariats“ und in der „sozialistischen Gesellschaftsordnung“ eine hinreichende Sicherheit für einen dauerhaften Frieden. Die kommunistische Forderung, den Frieden zu sichern, enthält also unausgesprochen den Appell, die Revolution zur Weltrevolution voranzutreiben. (So sagte Chruschtschow bei einem Besuch in Polen: „Die beste Methode für die Erhaltung des Friedens ist die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in allen Staaten.“)

Nach Ansicht der Moskauer Deklaration steht der „Imperialismus“ kurz vor dem Zusammenbruch, weil die Gegensätze zwischen den „imperialistischen Staaten“ sehr rasch wachsen und daher auch die westlichen Bündnis-systeme am Zerfallen seien. Der große Optimismus, der aus der Moskauer Erklärung spricht, kommt von einer verzerrten Einschätzung, d. h. Unterschätzung der freien Welt. Trotzdem muß man diese Deklaration außerordentlich ernst nehmen; sie ist ein Zeichen der kommunistischen Entschlossenheit, hauptsächlich mit der „Friedens“lösung zum Sturmangriff gegen die freie Welt anzutreten. In dieser Resolution lebt ein Angriffswille, der stärker als alles ist, was die freie Welt bisher von kommunistischer Seite gehört hat.

In dem „Friedens“appell der kommunistischen Führer an die Völker der Welt wird davon gesprochen, daß das Ziel jeden „sozialistischen Landes“ darin besteht, allen Völkern einen dauerhaften Frieden zu sichern und daß nur in und zwischen den „sozialistischen“ Staaten wirklicher Friede herrsche. Damit will der Kommunismus vergessen machen, daß es im kommunistischen Machtbereich selbst keinen Frieden gibt und geben kann. Das beweisen die Gefängnisse und Besserungslager in den kommunistischen Staaten, in denen alle von der kommunistischen Staatsdoktrin abweichenden Ansichten bestraft und ihre Vertreter „gebessert“ werden sollen. Wo es keine Freiheit gibt, da gibt es auch keinen wirklichen Frieden. Der Friede im kommunistischen Machtbereich heißt auch heute noch: Nichtachtung der Menschenrechte und -würde, Unterdrückung aller Andersdenkenden, Unfreiheit und — wie Moskaus Verhalten gegenüber dem autonomen Kommunisten Tito zeigt — völlige Unterwerfung unter die sowjetische Führung. Friede kann in einem Land nicht herrschen, wo Klassenhaß und Klassenkampf gezüchtet werden.

Im Moskauer „Friedens“appell werden verschiedene Tatsachen einfach auf den Kopf gestellt. So wird z. B. hervorgehoben, daß es nur der Wachsamkeit des sozialistischen Lagers zu verdanken sei, wenn bisher ein dritter Weltkrieg verhindert wurde. In Wirklichkeit ist es nur die Entschlossenheit und Voraussicht der freien Welt gewesen, die eine Ausbreitung des Kommunismus mittels Waffengewalt in Griechenland, Südkorea und Südvietnam verhindert hat.

Der „Friedensappell“ hat Tradition

Die Taktik der Kommunisten, die Friedenssehnsucht der Menschen für kommunistische Interessen skrupellos zu mißbrauchen, ist nicht neu. Das lehrt die Geschichte.

Schon 1917 wurde unter dem Schlagwort „Friede“ die Oktoberrevolution vorbereitet und durchgeführt. Die Friedenssehnsucht der kriegsmüden russischen Soldaten, Arbeiter und Bauern wurde ausgenutzt. Doch was waren damals die Ergebnisse der kommunistischen „Friedens“-lösung: moralische Zerrüttung, Züchtung von Haß gegen die angeblichen Kriegsschuldigen, Forderung nach gewählten Soldatenvertretungen, um Truppe und Führung zu spalten, und schließlich die Umwandlung des sogenannten imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen und die bolschewistische Herrschaft zu errichten und — später — durch blutigen Terror zu behaupten.

Die kommunistische „Friedens“formel lautete also schon damals: durch Revolution und Bürgerkrieg zum „Frieden“. Man hatte vor der Oktoberrevolution den Massen absichtlich nicht gesagt: wir wollen die Errichtung der kommunistischen Diktatur. Darunter hätten diese sich gar nichts vorstellen können, sondern man agitierte mit dem „Frieden“, einer Losung, die viel zündender, verhänglicher, massenwirksamer ist. Nur so war es möglich, die breiten Massen irrezuführen.

Durch ihre „Friedens“politik gelang es den Bolschewiki, nicht nur Anhänger zu gewinnen, sondern auch zeitweilig ihre Gegner zu verwirren und zu korrumpieren. Auf diese Weise gelang es Lenin, unter Ausnutzung der Gegensätze zwischen den Großmächten (im ersten Weltkrieg), mit einem Sonderzug aus der Schweiz durch Deutschland nach Rußland zu fahren, um in Rußland für die Beendigung des Krieges gegen Deutschland durch

die Stabilisierung und Weitertreibung der russischen Februarrevolution zu wirken.

Auch nach dem zweiten Weltkrieg konnten die kommunistischen Führer in verschiedenen Ländern Ost- und Südosteuropas unter der Losung des Kampfes gegen den Krieg und die angeblichen Kriegsschuldigen die kommunistische Revolution anzetteln und z. T. erfolgreich durchführen. Die kommunistischen Führer verstanden es, die kriegs- und nachkriegsbedingte wirtschaftliche und soziale Notlage geschickt für sich auszunutzen und den Menschen in diesen Ländern mit zeitweilig bedeutendem Erfolg ihr angeblich einzig erfolgverheißendes Friedensrezept anzupreisen. Tausende, ja Millionen glaubten daran, daß Enteignung und Bestrafung der vermeintlichen Kriegsschuldigen die Kriegsursachen beseitigen und einen „ewigen Frieden“ sichern würden.

Verschleierungstaktiken

Um eine Massenbasis zur Durchführung ihrer Politik zu gewinnen, waren und sind die Kommunisten bestrebt, solche Losungen in den Mittelpunkt zu stellen, die dem äußeren Schein nach dem objektiven Interesse nahezu aller Menschen entsprechen. Die kommunistische „Friedens“propaganda ist dazu bestimmt, durch systematische Diffamierung von „Kriegshetzern“ die Menschen an die Auseinandersetzung um die Macht zugunsten der Kommunisten allmählich heranzuführen.

Auch gehört es zur geschichtlichen Praxis der kommunistischen Bewegung, daß sie meist unter Hinweis auf ihre bedrohte Position — ein Tarnungsmanöver — umfassende Angriffe vorbereitet und durchführt. Stets bestand die Taktik der Kommunisten in der freien Welt darin, ihre wirklichen Ziele vor den Massen soweit als möglich zu verschleiern. Daher tritt auch heute das eigentliche programmatische Hauptziel der kommunistischen Bewegung, „die Diktatur des Proletariats“, in allen nichtkommunistischen Ländern völlig in den Hintergrund. Die Öffentlichkeit und auch viele einfache Parteimitglieder sollen in der kommunistischen Doktrin vor allem eine große erfolgverheißende Friedenslehre erblicken. Die Erhaltung des Friedens wird als das große aktuelle gemeinsame Ziel hingestellt, das alle gutwilligen Menschen unabhängig von Glauben, Stand, Rasse und Nationalität verbindet. Einfältige Menschen, ohne ausreichende politische Erfahrungen, ja auch manche Katholiken, fallen mitunter auf die Klänge der kommunistischen Friedensschalmei herein und sind bereit, mit kommunistischen „Friedens“freunden, die sich oftmals geschickt tarnen, zusammenzuarbeiten.

Zur Tarnung des revolutionären Charakters ihrer „Friedensbewegung“ versuchen die Kommunisten besonders einflußreiche bürgerliche Mitläufer als Aushängeschild zu gewinnen. Der frühere Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Dimitroff, hat einmal folgende Richtlinie aufgestellt (Zitat nach dem amtlichen Bericht des Ausschusses für Antiamerikanische Tätigkeit des US-amerikanischen Repräsentantenhauses 1957):

„Je stärker die Macht des Sowjetstaates zunimmt, um so größer wird überall die Abneigung gegen die kommunistischen Parteien werden. So müssen wir Rückzugsmethoden anwenden. Niemals im Vordergrund erscheinen: Überlassen wir die Arbeit unseren Freunden. Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß jemand, der mit uns sympathisiert, im allgemeinen mehr wert ist als ein Dutzend militanter Kommunisten. Ein Universitätsprofessor, der, ohne Parteimitglied zu sein,

sich für die Interessen der Sowjetunion einsetzt, ist mehr wert als hundert Leute mit einem Parteibuch; ein angesehenen Schriftsteller oder ein General a. D. sind wichtiger als fünf-hundert arme Teufel, die nichts weiter können, als sich von der Polizei zusammenschlagen zu lassen. Jeder hat seinen Wert, seine Verdienste. Der Schriftsteller, der, ohne Parteimitglied zu sein, die Sowjetunion verteidigt, der Gewerkschaftsführer, der außerhalb unserer Reihen steht, jedoch die internationale Politik der Sowjetunion verteidigt, ist mehr wert als tausend Parteimitglieder.

Wer nicht zu den Parteimitgliedern zählt und nicht als Kommunist bekannt ist, hat größere Handlungsfreiheit. Diese verdeckte Tätigkeit, die keinen Widerstand erzeugt, ist viel wirksamer als ein Frontalangriff der Kommunisten.

Unsere Freunde müssen den Gegner für uns in Verwirrung bringen, unsere wichtigsten Richtlinien befolgen und solche Leute zugunsten unserer Aktionen mobilisieren, die nicht so denken wie wir und die wir nie erreichen könnten. Bei dieser Taktik müssen wir jeden benutzen, der mit uns in Berührung kommt.“

Der kommunistische „Weltfriedensrat“ und seine einzelnen nationalen Friedenskomitees arbeiten in dieser Richtung. Den Kommunisten ist es gelungen, verschiedene angesehene Leute für ihre Friedenskomitees zu gewinnen und in den Vordergrund zu schieben, während die wenigen Kommunisten in den Friedenskomitees geschickt still im Hintergrund arbeiten, aber kraft ihrer eisernen Parteidisziplin und straffen Organisation dort richtungweisend sind und alle Fäden in der Hand haben.

Der langjährige führende Ideologe der KPdSU und der Komintern, Manuilski, sagte in einer internen Beratung 1931 folgendes:

„Gewiß, heute sind wir noch nicht stark genug, um anzugreifen. Unser Augenblick wird in 20 bis 30 Jahren kommen. Die Bourgeoisie muß eingeschlafert werden.

Wir werden damit beginnen, die theatralischste Friedensbewegung zu entfachen, die jemals existiert hat. Es wird elektrisierende und außerordentliche Zugeständnisse geben. Die kapitalistischen Länder, stupid und dekadent, werden mit Vergnügen an ihrer eigenen Zerstörung arbeiten. Sie werden auf den Leim der Gelegenheit neuer Freundschaft kriechen. Und sobald sich ihr Schutzgürtel entblößt, werden wir sie mit geschlossener Faust zerschmettern.“

Um mit der kommunistischen „Friedens“idee auch in christlichen Kreisen Eingang zu finden, wenden die Kommunisten alle Tricks an. Gegenwärtig wird z. B. in der SBZ von der Führung der SED und Ost-CDU der Unsinn verkündet, daß die christliche Friedensidee am besten im Sozialismus ihre Verwirklichung finde und demzufolge Christen und Kommunisten gemeinsam für Frieden und Sozialismus kämpfen müßten. So sagte auf der Tagung der Ost-CDU in Meiningen im März dieses Jahres der Stellvertretende Generalsekretär Wolfgang Heyl:

„Heute ist das seit zwei Jahrtausenden von der Christenheit ersehnte Ziel ‚Friede auf Erden‘ in umfassendem Sinne in greifbare Nähe gerückt. Das Bestehen des sozialistischen Welt-systems, der gemeinsame Kampf aller Friedenskräfte, das sind dafür die Garantien, denn sie sind stärker als die Imperialisten, ihre aggressiven Pläne und Absichten.

In diesem Wirken um die endgültige Liquidierung von Kriegen sind sich Christen und Marxisten völlig einig. Die elementare Forderung an den Christen, Friedensstifter zu sein, und das Verpflichtende für den Marxisten, daß der Mensch im Mittelpunkt seiner Interessen steht und er ein menschenwürdiges Dasein haben soll, zwingen zur gemeinsamen Tat dafür...“ (Neue Zeit, Zentralorgan der christlich-demokratischen Union Deutschlands, Ostberliner Ausgabe vom 29. 3. 1961, S. 3).